

EDITORIAL

„Verpasste“ (gesetzliche) Rente

Unsere Gesellschaft durchläuft ständige Veränderungen und Anpassungen. Die rasante Entwicklung der globalisierten Wirtschaft hat nicht nur einen weiteren technologischen Wandel, sondern vor allem einen Wandel sozialer Strukturen mit sich gebracht. Das soziale Leben von Frauen und Männern unterscheidet sich heute immer weniger. Frauen gelten als gleichberechtigt. Dennoch haben sie gegenüber Männern noch viele berufliche Nachteile. Aufgrund frauenspezifischer Erwerbsbiografien betrifft das vor allem die gesetzliche Rente.

In einer neuen Studie hat das HWWI die Altersvorsorge von Frauen in Deutschland analysiert und erstmals das Konsumverhalten von Frauen mit ihrer aktuellen Vorsorgesituation in Zusammenhang gebracht. Dabei stützen sich die Analysen auf Erfahrungswerte von 30 000 Frauen. Der aktuelle Leitartikel basiert auf dieser Studie und schildert die Problematik der Rentensituation von Frauen. Er zeigt gleichzeitig, wie sich die gesellschaftlichen Einschränkungen der „verpassten“ gesetzlichen Rente anhand von Ausgabenprofilen und Konsumverhalten abbilden lassen. EL

IN DIESER AUSGABE

Altersvorsorge und Konsumverhalten von Frauen Seite 1/2

Verantwortung und Haftung Seite 3

Verbundprojekt KLIMZUG-Nord gestartet Seite 4

ALTERSVORSORGE

## Altersvorsorge und Konsumverhalten von Frauen

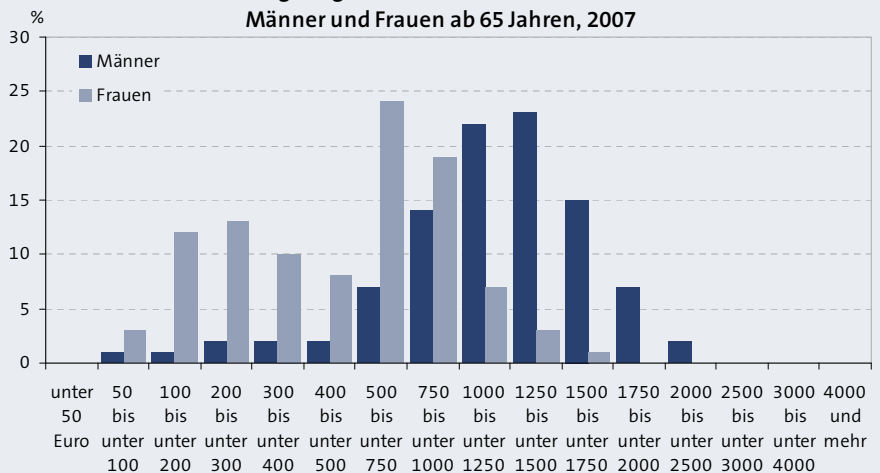
Frauen sind in ihrem Erwerbsleben gegenüber Männern von einem höheren Risiko der Altersarmut betroffen. Der Gesetzgeber hat sich zwar bemüht, durch eine Reihe von Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen. Doch diese Maßnahmen kommen für viele Frauen zu spät. Es droht für die Frauen im Alter ein Verlust an Einkommen und Freiraum – mit Folgen für die Gesellschaft. *Von Henning Vöpel*

Die für die späteren gesetzlichen Rentenansprüche maßgeblichen Rentenpunkte setzen sich zusammen aus der Anzahl der Erwerbsjahre und der Höhe des eigenen Bruttoeinkommens gegenüber dem Bruttodurchschnittseinkommen. Die Anzahl der insgesamt gesammelten Rentenpunkte multipliziert mit dem jeweiligen Rentenwert, der sich an dem jeweiligen Bruttodurchschnittseinkommen orientiert und demografische Entwicklungen einbezieht, ergibt die Bruttorente. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Reihe von frauenspezifischen Risikofaktoren für die gesetzliche Rente identifizieren. Davon betroffen sind nicht nur die Anzahl der bei-

tragspflichtigen Erwerbsjahre, sondern auch Einkommenspfad und Karriereverlauf. Dabei bestehen zwischen den Risikofaktoren komplexe Interdependenzen. So kann bereits eine geringere formale Qualifikation der Frau gegenüber ihrem Partner oder Ehemann aufgrund von Opportunitätskostenüberlegungen die Entscheidung bestimmen, wer von beiden die Hausarbeit erledigt und die Kinder erzieht: Verdient der Mann mehr, sind die Kosten der Kindererziehung für ihn höher als für die Frau. Im Einzelnen sind die Risikofaktoren folgende:

**Ausbildung:** Für viele Generationen von Frauen – insbesondere ältere – stellen der

Verteilung der gesetzlichen Rente in Deutschland – Männer und Frauen ab 65 Jahren, 2007



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008b.

formale Bildungsabschluss und die berufliche Ausbildung eine Schlechterstellung gegenüber Männern dar. Diese resultiert überwiegend noch aus einer gesellschaftlich bestimmten Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen. So besitzen heute rund 19 % der Frauen und 24 % der Männer die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss haben 9 % der Frauen und 15 % der Männer. Insgesamt haben 66 % der Frauen und 77 % der Männer eine berufliche Ausbildung.

**Kinder:** Ein häufiger Grund für Unterbrechungen der Erwerbszeiten von Frauen sind die Geburt und die Erziehung von Kindern. Der Gesetzgeber hat versucht, diesen Nachteil auszugleichen, indem die entsprechenden Erwerbsunterbrechungen auf die Rente angerechnet werden. Für Kinder, die vor dem 1.1.1992 geboren sind, erhält die Mutter für ein Jahr einen Rentenpunkt (dies entspricht einer Rentenanwartschaft in Höhe des durchschnittlichen Bruttoeinkommens). Für Kinder, die am oder nach dem 1.1.1992 geboren sind, werden sogar drei Jahre pro Kind angerechnet. Dennoch tragen Frauen den überwiegenden Teil der ökonomischen Last, da im Anschluss an die Geburt und die Erziehung von Kindern die Karriere sich typischerweise nicht in gleicher Weise fortsetzen lässt wie im Vergleich zu Frauen ohne Kinder. Erziehungszeiten stellen auf dem Arbeitsmarkt einen Verlust an Berufserfahrung dar, Humankapital kann veralten und sich über die Zeit abschreiben.

**Trennung:** Frauen verrichten in Paarhaushalten nach wie vor deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Entsprechend sind die Erwerbsquoten von Frauen deutlich geringer bzw. befinden sich Frauen häufiger in einer Teilzeitbeschäftigung. Dies gilt vor allem für Haushalte mit Kindern. Scheidungen stellen daher für Frauen ein gravierendes Rentenrisiko dar, wenn vormals einvernehmlich getroffene Haushaltsentscheidungen sich nach der Scheidung als eine Lastenverteilung zu Ungunsten der Frau erweisen.

**Arbeitsmarkt:** Aus den vorstehend genannten Risikofaktoren resultieren Nachteile für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat berechnet, dass bei gleichem Beruf, Alter und Betrieb sowie bei gleicher Ausbildung Frauen beim Bruttostundenlohn immer noch 12 % weniger als Männer verdienen. Das geringere Durchschnittseinkommen von Frauen ist jedoch nicht zwingend Ausdruck von Diskriminierung am Arbeitsmarkt, sondern Folge oben genannter Risikofaktoren.

**Als Folge dieser Faktoren zeigt sich, dass Frauen im Vergleich zu Männern deutlich geringere Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen** (siehe Grafik). Daraus folgt gerade für Frauen eine erhebliche Versorgungslücke. Diese stellt den prozentualen Verlust des Alterseinkommens gegenüber dem Erwerbseinkommen dar. Die gesetzlichen Renten werden aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten relativ zum durchschnittlichen Erwerbseinkommen sinken und die Versorgungslücke folglich steigen. Alternativ zum Konzept der Versorgungslücke können die Einschränkungen im Alter anschaulicher durch das Konsumprofil abgebildet werden.

Durch Schätzungen von Einkommenselastizitäten in Bezug auf unterschiedliche Konsumkategorien zu verschiedenen Zeitpunkten des Lebensalters können Einkommens- und Alterseffekt in Bezug auf den Konsum simultan quantifiziert werden. Zu diesem Zweck hat das HWWI die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vom Statistischen Bundesamt ausgewer-

tet. Anhand von Einzelschätzungen für die betrachteten Konsumkategorien wurden zunächst die Residuen ermittelt. Als erklärende Variable gingen das Einkommen, die Bildung, das Alter und der Haushaltstyp ein. Die Residuen als nicht durch die genannten Variablen erklärter Rest lassen sich als Präferenzen interpretieren. Mit den Residuen aus den Einzelregressionen lassen sich mit Hilfe einer Clusteranalyse unterschiedliche Konsumtypen identifizieren, die ein jeweils charakteristisches und trennscharfes Konsumprofil aufweisen. Die Varianz zwischen den Clustern muss dabei möglichst groß und innerhalb eines Clusters möglichst klein sein. Die Konsumtypen unterscheiden sich nicht allein hinsichtlich ihrer Ausgabenprofile und Konsummuster, sondern auch in Bezug auf die Einkommenselastizitäten. Anhand der altersabhängigen Einkommenselastizitäten können umgekehrt die Konsumprofile und Konsummuster für unterschiedliche Lebensalter ermittelt werden. Je unelastischer die Ausgaben in bestimmten Kategorien auf Einkommensänderungen reagieren, desto eher gehören diese zu den Grundbedürfnissen, wie zum Beispiel Wohnen oder Nahrungsmittel. Ausgaben für Reisen, Bildung, Gesundheit und Freizeit sind dagegen einkommenselastisch und werden bei sinkendem Einkommen stark reduziert. Gerade diese Kategorien aber bestimmen das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe auch im Alter.

**Insbesondere Frauen der Baby-Boomer-Generation, die ab dem Jahr 2030 in Rente gehen, werden von niedrigen Renten und einem Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe betroffen sein.** Sie profitieren kaum noch von den familien- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Sie tragen also eine doppelte Rentenlast: den demografischen Effekt einer alternden Gesellschaft und die noch unzureichende Gleichstellung bzw. mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf in weiten Teilen ihres Erwerbsleben. Der positive Effekt der stärkeren Integration der Frauen in das Erwerbsleben kann den negativen Effekt der demografischen Alterung der Gesellschaft derzeit noch nicht vollständig kompensieren.

#### EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Vöpel, H (2009): Altersvorsorge und Konsumverhalten von Frauen in Deutschland, HWWI Policy Paper, 1-12.

Boll, C. (2009): Lohneinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen – fertilitätstheoretische Einordnung, Quantifizierung auf Basis von SOEP-Daten und familienpolitische Implikationen, HWWI Research Paper, 1-19.

## Verantwortung und Haftung

Im Wechselspiel von Markt und Staat, Wettbewerb und Regulierung geht es immer um einen Abwägungsprozess. Michael Hüther und Thomas Straubhaar erklären in ihrem neuen Buch mit dem Titel „Die gefühlte Ungerechtigkeit“, warum wir in Zeiten der Finanzkrise einen starken, aber schlanken Staat brauchen, der Wettbewerb nicht überreguliert, sondern fördert. Das HWWI veröffentlicht einen Auszug.

Es gibt nichts schönzureden: Die Verstaatlichung privater Risiken und die gigantischen, letztlich durch den Steuerzahler finanzierten und mit der Gießkanne über Banken und Versicherungen ausgegossenen Staatshilfen sind eine Bankrotterklärung für die Marktwirtschaft. Die öffentlichen Befreiungsschläge zugunsten notleidender Bürgschaften und fauler Kreditverträge umgehen nämlich die wichtigste Grundregel für eigenverantwortliches Handeln auf freien Märkten: dass Verantwortung und Haftung untrennbar miteinander verbunden sein müssen. So wie in der Finanzmarktkrise kann Marktwirtschaft nicht funktionieren. Nicht, wenn man ernst nimmt, was im neoliberalen Lehrbuch steht.

Politik und Bevölkerung haben weltweit das Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte, in die innovative Kraft des Wettbewerbs und die moralische Integrität von Managern und Aufsichtsbehörden verloren. Nun wird das Pendel der Geschichte zurückschlagen, der Staat kehrt zurück. Überall werden es liberale Stimmen schwer haben, sich Gehör zu verschaffen. Überall wird es den Kritikern der Marktwirtschaft leicht fallen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die in den letzten Jahren befreiten Märkte wieder an die staatliche Kande zu legen.

Doch die Rückkehr des Staates und eine Re-Regulierung der Märkte müssen nicht das Ende der Marktwirtschaft bedeuten. Denn Staat und Markt sind längst nicht die unveröhnlichen Gegensätze, zu denen sie immer wieder gemacht werden. Im Gegenteil: Ein freier Markt bedarf eines starken Staates. Ohne Staat kann zwar jeder machen, was er will. Ohne Staat ist der Einzelne jedoch ohnmächtig, wenn er seine Freiheit gegenüber anderen durchzusetzen versucht. Nur ein starker Staat kann die individuellen Grund-

und Freiheitsrechte sichern, das Eigentumsrecht und die mit privaten Besitz- und Verfügungsrechten notwendig verbundenen öffentlichen Verhaltensregeln.

Gerade in einer freien Marktwirtschaft soll der Staat individuelle Aktivitäten durch regulierende Rahmengesetzgebung, effiziente Aufsichtsbehörden und wirksame Sanktionen kontrollieren. Ebenso muss er durch das Wettbewerbsrecht und eine Fusionskontrolle sicherstellen, dass der Wettbewerb wirklich funktioniert. Er muss ökonomische Machtballungen, Kartelle und Monopole verhindern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass einmal errungene Marktpositionen grundsätzlich bestreitbar bleiben. Ohne starken Staat gibt es keine funktionierenden, offenen und freien Märkte.

Das gilt selbstredend auch für die Finanzmärkte. Da die bisherigen Regeln offensichtlich nicht genügt haben, um ein eklatantes Marktversagen zu verhindern, sind hier Korrekturen nötig. Doch dazu braucht es nicht notwendigerweise mehr Regeln. Es braucht vor allem bessere und umfassendere Regeln - und eine international koordinierte Finanzmarktaufsicht. Die Suche nach besseren Regeln und besserer Aufsicht für einen gut funktionierenden Finanzsektor sollte sich jedoch von einer banalen Einsicht leiten lassen: Auch die besten Regeln werden die nächste Krise

nicht verhindern können. Denn schon morgen werden sie von kreativen und innovativen Unternehmern, aber eben auch von Zockern und Profiteuren herausgefordert werden. Wer glaubt, staatliche Finanzaufsichtsbehörden brauchten nur genügend Kompetenzen, um jede Krise verhindern zu können, der unterliegt einer Regulierungsillusion. Spekulationsblasen hat es immer gegeben - und wird es immer geben. Sie sind untrennbar mit dem Finanzkapitalismus verbunden.

Im Kapitalismus ist der Weg zum Ziel mit Konkursen und Verlusten gepflastert. Und dennoch ist kein anderes Wirtschaftssystem bei der Suche nach klugen Lösungen für komplexe Probleme auch nur annähernd so erfolgreich wie eine freie Marktwirtschaft. Das Zusammenspiel von Freiheit, Verantwortung und Haftung hat trotz aller Krisen stets zu mehr Wohlstand für mehr Menschen geführt.

Je weniger der Staat den Menschen vorgibt, wie sie zu leben und zu arbeiten haben, je weniger er befiehlt, was sie tun und unterlassen sollen, je mehr eine Gesellschaft auf die Freiheit des Einzelnen setzt, umso stärker werden Erfinder-, Entdecker- und Unternehmerinstinkte geweckt. Das war in der Vergangenheit so, und es gibt keinen Grund, wieso das nicht auch für die Zukunft gelten soll. Wo Staat und Politik dagegen die Möglichkeiten, Risiken einzugehen, zu sehr begrenzen, da werden sie auch die wirtschaftliche Dynamik bremsen.

Freie Märkte sollen so weit wie nötig, aber so wenig wie möglich durch staatliche Regulierungen begrenzt werden. Im Grundsatz gilt es allein, das eiserne Gesetz des Kapitalismus bestmöglich zu garantieren: die Untrennbarkeit von Verantwortung und Haftung.

### BUCH

Hüther, M., T. Straubhaar (2009): Die gefühlte Ungerechtigkeit, Econ Verlag, 328 Seiten, ISBN: 978-3-430-30036-0. Im Buchhandel erhältlich.



# Verbundprojekt KLIMZUG-Nord gestartet

Steigendes Hochwasser an der Elbe, Schädlingsplagen und Ernteauffälle im Alten Land, vollgelaufene Keller durch Starkregenfälle sowie Schäden durch häufigere und stärkere Stürme sind Ereignisse, die in naher Zukunft in Norddeutschland auftreten könnten. Das Projekt KLIMZUG-Nord soll Lösungsansätze finden, mit denen künftig den Folgen des Klimawandels in der Metropolregion Hamburg begegnet werden kann. *Von Sebastian Döll, Julia Kowalewski und Sven Schulze*

KLIMZUG steht für „KLIMAWANDEL ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN“. Im Rahmen des Verbundprojektes KLIMZUG-Nord sollen strategische Anpassungsansätze zum Klimawandel in der Metropolregion Hamburg erarbeitet werden. Das fünf Jahre laufende Projekt wird maßgeblich durch den Bund gefördert und ist einer der Gewinner der Ausschreibung „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten. Regionen gewinnen im Wettbewerb – die Welt gewinnt mit!“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Die Projektpartner von KLIMZUG-Nord erforschen Auswirkungen des Klimawandels auf Städte, ländliche Räume und das Ästuar der Elbe in der Metropolregion Hamburg. Ziel ist es, ein abgestimmtes Handlungskonzept für die Metropolregion zu entwickeln und einen bis 2050 reichen Masterplan zu erstellen. An dem Verbundprojekt sind neben dem HWWI sechs Hochschulen, fünf Forschungseinrichtungen, elf Behörden und behördennahe Einrichtungen sowie zehn Unternehmen di-

Seit 60 Jahren unterstützt die **Gesellschaft der Freunde und Förderer** ihr Wirtschaftsforschungsinstitut in Hamburg (bis 2006 das HWWA, seitdem das HWWI). 125 Mitglieder, davon 5 strategische Förderer, 44 persönliche Mitglieder und 77 Unternehmen, haben allein in den letzten Jahren den Ausbau der Beziehungen zwischen Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspraxis mit über 200 000 Euro unterstützt. Am 10. Juni 2009 wird im Anschluss an die Mitgliederversammlung dieses Jubiläum mit einem kleinen Empfang im HWWI gewürdigt. [www.gdff.org](http://www.gdff.org)

rekt beteiligt. Hinzu kommen zahlreiche assoziierte Partner. Unterstützt wird das Projekt von allen acht niedersächsischen Landkreisen und sechs schleswig-holsteinischen Kreisen der Metropolregion.

Das Leitprojekt der Metropolregion Hamburg soll den Dialog zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, Behörden und Interessenverbänden fördern, Arbeitsplätze schaffen und den Austausch mit der Bevölkerung suchen. KLIMZUG-Nord spricht rund vier Millionen Einwohner der Metropolregion an, um sie für den Umgang mit den Klimafolgen zu sensibilisieren. Ziel des HWWI als Partner innerhalb des Verbundprojektes ist es, seine Expertise auf den Gebieten der Regionalforschung und der Untersuchung kurz- und langfristiger ökonomischer Entwicklungen einzubringen. Bereits spezifizierte Prognosemodelle sollen im Rahmen des Projektes um klimarelevante Aspekte ergänzt werden. Dabei ist der Forschungsbeitrag des HWWI drei Arbeitspaketen zuzuordnen.

Im Arbeitspaket „Regionalmodelle“ steht die Entwicklung eines Analyserahmens im Vordergrund, welcher der Prognose und Simulation von sozioökonomischen Variablen und wirtschaftsstruktureller Veränderungen dient. Zu berücksichtigen sind dabei verschiedene Klimaszenarien mit ihren Konsequenzen für die regionale Entwicklung. Die Resultate liefern Input für die Analysen anderer Partner im Forschungsverbund und sollen außerdem der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Am Forschungsbedarf zur Bewertung der regionalen Wirkungen des Klimawandels

knüpft das Arbeitspaket „Kosten-Nutzen-Analysen“ an. Hier geht es um die ökonomische Bewertung von klimawandelbedingten Schäden und umgekehrt dem Nutzen ihrer Vermeidung. Ein besonderes Augenmerk liegt aufgrund des langen Zeithorizontes auf dem Abwägen zwischen gegenwärtigen und künftigen Kosten und Schäden. Ferner sind methodische Fragen, beispielsweise hinsichtlich der einzelnen Bewertungsverfahren, zu beantworten. Um diesen beiden Problembereichen Rechnung zu tragen, sollen mit Hilfe von Szenarien Ergebnisunter- und -obergrenzen ermittelt werden.

Schließlich befasst sich das dritte Arbeitspaket mit der „Immobilien- und Flächen-nutzung“. Aus der zukünftigen sozioökonomischen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklung der Metropolregion resultieren spezifische Flächenbedarfe für Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie die Landnutzung. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der zur Verfügung stehende Raum erstens natürlich begrenzt ist und zweitens künftig infolge des Klimawandels potentiell in seiner Nutzung eingeschränkt sein wird. Unter Verwendung der Ergebnisse aus dem ersten Arbeitspaket soll dies im Rahmen von KLIMZUG-Nord näher analysiert werden.

#### KLIMZUG-Nord im Internet

Offizielle Projekt-Website:

<http://www.klimzug-nord.de/>

Projekt-Website des HWWI:

<http://klimzug.hwwi.org>

Übergeordnete Website des BMBF:

<http://www.klimzug.de/index.php>